



**offener Brief der Parents For Future Leverkusen**

**06. Februar 2023**

**An unsere politischen MandatsträgerInnen:**

die Regierung des Landes NRW

Hendrik Wüst (CDU), Mona Neubaur (Bündnis 90/Die Grünen)

die Bundestagsabgeordneten unseres Wahlkreises

Nyke Slawik (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Karl Lauterbach (SPD), Serap Güler (CDU)

den Oberbürgermeister von Leverkusen

Uwe Richrath (SPD)

sowie an die in Bund und Land in Verantwortung stehenden Parteien

SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP

**Bekanntgabe der Festlegung auf die Erweiterung von A1, des AK Leverkusen und der A3 auf Leverkusener Stadtgebiet und darüber hinaus**

**Wir fordern die EmpfängerInnen unseres Schreibens auf, sich dafür einzusetzen, den Bau der zweiten A1-Rheinbrücke, der A1-Megastelze, den weiteren Ausbau des AK Leverkusen und der A3 zwischen Leverkusen und Hilden zu verhindern und sich dafür auf allen Ebenen ihrer Parteien und der politischen Gremien stark zu machen. Die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens ist zu verhindern.**

**Der BVWP 2030 geht von einer nicht mehr gültigen Nutzen-Kosten-Analyse aus.**

Denn in der Zwischenzeit sind die Folgekosten des menschengemachten Klimawandels durch die Häufung von Extremwetterlagen wie Dürren, Hitze oder Starkregen nicht mehr zu ignorieren. Was vor 20 Jahren noch als „schwer oder gar nicht monetarisierbar“ galt, kann heute volkswirtschaftlich deutlich präziser berechnet werden. **Wir fordern eine Integration der anteiligen Folgekosten durch Klimawandel und Luftverschmutzung** in die Nutzen-Kosten-Analyse: das heißt die Berücksichtigung der Kosten durch den erhöhten CO<sub>2</sub>-Ausstoß aufgrund der Baumaßnahmen und der Zunahme des Autoverkehrs; die Berücksichtigung der Folgekosten im Gesundheitswesen durch Zunahme von Lungenkrankheiten und von Herz-Kreislaufproblemen aufgrund stärkerer Belastungen durch Stickoxide, Feinstaub und Lärm. Der Umweltbericht (von 2016) zum BVWP betont die Notwendigkeit des Schutzes der menschlichen Gesundheit und die besondere Bedeutung des Klimaschutzes.

Dass jedoch Umweltbelange bei „fest disponierten“ Projekten wie dem Ausbau der Autobahnen in Leverkusen „entscheidungsneutral“ in die Beurteilung einfließen sollen, ist längst gesellschaftlich und wirtschaftlich nicht mehr vertretbar.

**Wir fordern einen schnelleren Ausbau des Schienenverkehrs.**

Der aktuell gültige BVWP 2030 umfasst insgesamt ca. 2000 Projektvorschläge, davon rd. 1700 für Bundesfernstraßen und nicht einmal ein Viertel (rd. 400) für das Schienennetz.

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung von November 2021 wurde vereinbart, den Schienenverkehr attraktiver zu machen. Stattdessen hatten im November 2022 38,9% der Fernzüge Verspätung, eine Steigerung von 14,1% innerhalb eines Jahres. Ein Anreiz zur Verlagerung des Personen- und Güterverkehrs auf die Schiene ist das nicht. Solange nicht mindestens eine gleichwertige Behandlung von Straße und Schiene gewährleistet ist, sind Prognosen zur Nutzung der verschiedenen Verkehrsmittel keine geeignete Grundlage zur Rechtfertigung von Straßenbaumaßnahmen des Bundesverkehrswegeplans im Umfang des Projektes A1-IP20-NW-IP-FD-E. Angesichts der weltweit immer häufiger zu erlebenden katastrophalen Folgen des menschengemachten Klimawandels, muss dringend alles getan werden, um den ÖPV attraktiver zu machen, den Güterverkehr zu vermeiden und auf die Schiene zu verlagern, bevor Straßen neu- oder ausgebaut werden.

**Wir fordern, dass die Bundesregierung sich an geltendes Recht und Gesetz hält und schnellstmöglich alles unternimmt, um die Zielvorgaben des Klimaschutzgesetzes zu erfüllen.**

**Wir fordern die angemessene Berücksichtigung von raumordnerischen und städtebaulichen Faktoren wie den Erhalt von Frischluft- und Kälteschneisen, die Vermeidung von Hitzeinseln und Überschwemmungen. Die Brisanz des menschengemachten Klimawandels erfordert bei Entscheidungen für die Zukunft eine klare Priorisierung des Umwelt- und Naturschutzes solange die Klimakrise andauert.**

Dies dient schließlich auch den Interessen der Volkswirtschaft, die in Zukunft mit drastisch hohen Klimawandelfolgekosten konfrontiert sein wird, wenn wir nicht unverzüglich entschieden gegensteuern.

**Parents For Future Leverkusen**

Dany Kahindi

leverkusen@parentsforfuture.de